

Heiliger als der Papst

Zumindest ein selbst gestecktes Ziel hat Budgetberichterstatter Laurent Mosar erreicht: Noch ehe die Debatten im Parlament zum Haushalt 2005 so richtig begonnen haben, wird über seine Vorschläge bereits heftig gestritten - in seiner Partei, in der schwarz-roten Koalition und an den Stammtischen. Mosars Liberalisierungsbestrebungen in Sachen Betriebssteuerung gingen selbst dem Finanzminister zu weit. Ähnlich abweisend war Frieden beim Thema Tanktourismus, dabei hatte Mosar nur etwas lauter und etwas weiter gedacht als sonst. Warum aber Mosar den Papst als Leitbild für die zukünftige Gestaltung des Finanzplatzes aufführte, bleibt sein Geheimnis. Inzwischen sei man heiliger als der Papst, so Mosar, und die Reglementierungen zur Verhinderung von Geldwäsche würden den Banken das Leben schwer machen. Gerade in Sachen Geldwäsche dürfte es ein Leichtes sein, heiliger als der Papst zu handeln. Am Verhältnis der katholischen Kirche zum Mammon haben sich in früheren Zeiten Religionskriege entzündet. In der jüngeren Geschichte stehen unter anderem die Machenschaften der Banco Ambrosiano für den unheiligen Umgang des Vatikan mit Geld. Bis heute halten der Kirchenstaat und sein Oberhaupt wichtige Dokumente unter Verschluss. Etwas heiliger als der Papst darf es also schon sein.

Wer kontrolliert Clearstream?

Das Verfahren gegen die Firma Clearstream wird nach dreieinhalb Jahren eingestellt, teilt die Staatsanwaltschaft Luxemburg mit. Weder Geldwäsche noch Bilanzfälschungen hätten nachgewiesen werden können. Die Clearstream-Affäre war ins Rollen gekommen, nachdem der ehemalige Firmenmitarbeiter Ernest Backes und der Journalist Denis Robert in dem Buch "Révélation\$" die Clearstream mit mehreren Finanzskandalen in Verbindung gebracht hatten. Laut Staatsanwaltschaft sollen die untersuchten Vorwürfe zum Teil der Verjährung unterliegen.

Dies zeige, dass die erhobenen Anschuldigungen wahr seien, nur eben verjährt, so Denis Robert gegenüber dem Quotidien. "Ein Steuerparadies ist vor allem ein Justizparadies", lautet seine Schlussfolgerung. Nicht eingestellt wurden die Verfahren gegen die Autoren des Buches wegen Verleumdung. Auch die französischen Ermittlungen, die Clearstream mit der Bestechungsaffäre um die Taiwan-Fregatten in Verbindung bringen, gehen weiter. Allerdings handelt es sich hierbei wahrscheinlich um eine falsche Fährte. Was auf jeden Fall bleibt, ist die Frage, welche Instanz einer Firma wie Clearstream, über deren Konten gewaltige Finanzströme fließen, auf die Finger schaut.

Verleger müssen draußen bleiben

Zwei Journalistenverbände gibt es derzeit in Luxemburg, und bald werden es drei sein. Denn die beiden bisher bestehenden sind "hausintern Organisationsen" von Editpress und Saint-Paul. Das geht aus einem Einladungsschreiben des "Syndicat Indépendent des Journalistes - Luxembourg" (SIJ-L) zu dessen Gründungsversammlung am kommenden Dienstag, 7. Dezember um 13.30 Uhr in der Maison de la Presse hervor. Dann soll unter anderem über die Statuten und über einen Beitritt zum internationalen und europäischen Journalistenverband diskutiert werden. Das SIJ-L will nach den Worten des Gründungskomitees weniger ein dritter Verband sein als "déi Journalistenverriedung zu Lëtzebuerg". Anders als bei den bisherigen Verbänden sollen im SIJ-L VerlegerInnen grundsätzlich keine aktiven Mitglieder sein dürfen. So heißt es im Artikel 12 der Gründungsstatuten: "Les membres journalistes qui remplissent des fonctions au niveau d'éditeur respectivement qui acceptent des mandats d'éditeurs sont suspendus de leur statut de membre effectif."

Wie sollte ein Rat für nachhaltige Entwicklung zusammengesetzt sein, welche Aufgaben sollten ihm zugedacht werden? Volker Hauff, Vorsitzender des bundesdeutschen Rates für Nachhaltige Entwicklung, erörterte die Erfahrungen, die in Deutschland seit 2001 gemacht wurden.

*(Foto: Henning Lüders/
Rat für Nachhaltige
Entwicklung)*



NACHHALTIGKEITSRAT

"Unsere knappste Ressource ist das Bewusstsein der Menschen"

woxx: *Sie haben mehrfach betont, die Rolle eines Nachhaltigkeitsrates sei nicht, die Mittel oder Ziele vorzuschreiben, sondern eher, eine Stoßrichtung anzudeuten. Heißt das nicht auch, dass es ohne einen entsprechenden Willen der Politik keine Garantie dafür gibt, dass nachhaltig gehandelt wird?*

Volker Hauff: Eine Garantie gibt es nie. Da müssen bestimmte Sachen zusammen kommen und glücklich zusammen wirken. Wir als Nachhaltigkeitsrat dürfen nicht meinen, dass wir sozusagen der Dreh- und Angelpunkt von allem sind. Wir haben eine bestimmte Rolle, eine bestimmte Aufgabe, und wenn wir die gut erfüllen, dann schaffen wir die Voraussetzung, dass es gelingen kann, nachhaltige Entwicklung einzuführen. Völlig unverzichtbar ist der politische Gestaltungswillen. Wenn es den nicht gibt, hat auch die Arbeit des Nachhaltigkeitsrates keinen Sinn. Wir brauchen einen Adressaten. Wir geben Rat, und dazu gehören immer zwei - einer der einen Rat hat und einer der den Rat sucht. Wenn diese Voraussetzung gegeben ist, sollte man als Ratgeber nicht meinen, dass man denjenigen, der handelt und die Konsequenzen erträgt, ersetzen kann. Wir müssen diese Arbeitsteilung klar respektieren. Wir haben aber auch eine zweite Aufgabe, nämlich die, öffentliche Meinung zu beeinflussen. Wenn unser Rat nicht befolgt wird, und uns die Argumente, weshalb er nicht befolgt wird, nicht überzeugen, dann üben wir auch öffentliche Kritik - auch an der Regierung.

Sie sprechen von der "Chefsache Nachhaltigkeit". Egal, ob der Chef nun Juncker oder Schröder heißt, besteht nicht gerade das Problem darin, dass nicht genug Druck von unten entsteht, auch einmal der Nachhaltigkeit das ihr zustehende Gewicht zuzuerkennen?

Das mit der Chefsache ist eine viel differenziertere Geschichte. Die bezieht sich nicht nur auf die Regierung, sondern zum Beispiel auch auf die Unternehmen, die sich mit dem Thema beschäftigen müssen. Viele große Unternehmen in Deutschland geben mittlerweile Nachhaltigkeitsberichte ab. So etwas macht nur Sinn, wenn in den Un-

ternehmen tatsächlich von der Führung her ein Engagement vorhanden ist. Es gibt viele Kommunen die sich mit dem Thema befassen. Das funktioniert nur, wenn auch der jeweilige Oberbürgermeister hinter der Sache steht. Ähnliches gilt auch für die Regierung. Aber sie ist nur ein Teil in der Meinungsbildung und in der Entscheidungsfindung für eine nachhaltige Entwicklung. Ob es zu einer nachhaltigen Entwicklung kommt, ist einerseits eine Frage an die Politik, an die Regierung, an das Parlament und an die administrativen Apparate. In zweiter Hinsicht ist es eine Frage an die Produzenten von Gütern und Dienstleistungen, also die

Unternehmen. Die Dritte Ebene - und bei weitem die wichtigste - sind die Konsumenten. Sie entscheiden ob sie sich ein Auto kaufen, wie sie sich ernähren oder wie sie versuchen, sich in ihrer Nachbarschaft zu organisieren und auf diese Weise einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten.

Sie warnen vor zu großer Staatsgläubigkeit und fordern mehr Eigeninitiative. Es sind aber doch auch bestimmte Faktoren, wie etwa der Baupreis oder die schlechte Organisation öffentlicher Verkehrsmittel, die den Einzelnen zu nicht nachhaltigem Handeln verleiten. Wer anders als der Staat kann denn den Fehlentwicklungen entgegenwirken?

Natürlich brauchen wir einen klaren politischen Rahmen und entschiedenes staatliches Handeln. Wo es zum Beispiel um die Gesundheit von Menschen oder den Verbot von Krebs erregenden Stoffen geht, da kann man nicht mit gut gemeinten Appellen operieren, da müssen klare Gesetze her. Im wachsenden Maße haben wir es jedoch mit Themen zu tun, die nicht mehr allein durch politische Entscheidungen beeinflusst werden können. Das ist zum Beispiel die Zersiedlung der Landschaft. Es gibt eine Wechselwirkung zwischen dem, was in der öffentlichen Debatte stattfindet, und dem, was politisch machbar ist. Mancher Politiker würde ja gern mehr machen, aber das ist meist noch nicht mehrheitsfähig. Wir sind mittendrin in der Umkehr. Da gibt es große Widerstände. Unsere knappste Ressource ist das Bewusstsein der Menschen. Doch wir werden nichts erreichen, wenn wir nicht die Menschen erreichen.

Rio '92 brachte uns die Agenda 21. Heute reden wir von Konkurrenzfähigkeit, höherer Produktivität ... Sind solche Konzepte nicht das genaue Gegenteil von dem, was in Rio vorgegeben wurde?

Ich würde das nicht so negativ sehen. Es gibt sicherlich einige Bereiche, in denen die Erwartungen von Rio enttäuscht wurden. In Rio wurden manche Dinge beschlossen, die ein Wunschtraum waren, zum Beispiel die von vielen erhoffte Friedensdividende. Die Vorstellung, dass erhebliche Mittel aus den Militärbudgeten umgeschichtet werden könnten - etwa in Richtung Entwicklungshilfe -, hat sich nicht bewahrheitet. Wir müssen schmerzhaft zur Kenntnis nehmen, dass die Zahl der Kriege zugenommen hat. Wir sehen uns mit Situationen konfrontiert, wo wir mit militärischen Mitteln in solche Regionalkonflikte eingreifen müssen. Das ist ein schwieriger Lernprozess, den wir mitmachen. Ich würde dabei nicht von Rückschritt sprechen, sondern eher von einer Fehleinschätzung.

Aber es gibt auch positive Entwicklungen. Die internationale Konferenz für erneuerbare Energien vergangenes Jahr in Bonn war ein schönes Beispiel dafür, wie multilaterale Zusammenarbeit wieder an Geltung gewinnen kann.

Interview: Richard Graf

Zur Person:

Volker Hauff, Jahrgang 1940, Doktor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, war von 1969 bis 1989 Mitglied des Deutschen Bundestages. Im Kabinett Helmut Schmidts war er zunächst Bundesminister für Forschung und Technologie dann für Verkehr. Seit 1985 ist er Mitglied der "World Commission On Environment and Development", auch benannt nach ihrer Vorsitzenden, der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland. 1989 bis 1991 war Volker Hauff Oberbürgermeister von Frankfurt am Main. Seitdem ist er hauptberuflich, unter anderem als Unternehmensberater, in der Privatindustrie tätig. 2001 ernannte Bundeskanzler Schröder den Sozialdemokraten zum Vorsitzenden des "Rates für Nachhaltige Entwicklung". Zusammen mit 18 anderen Personen des öffentlichen Lebens berät er das Bundeskanzleramt und die Fachministerien auf ehrenamtlicher Basis in Fragen nachhaltiger Entwicklung. Hauff nahm am vergangenen Montag auf Einladung des Mouvement Ecologique in Luxemburg an einer öffentlichen Konferenz teil. Weitere Informationen: www.nachhaltigkeitsrat.de